sterten Arbeiter in der Landwirtschaft durch die Tarifverträge unmöglich gemacht werden, während sein Kollege Andrae, Braunsdorf, die Tarifverträge als bittere Notwendigkeit bezeichnete, mit denen gerechnet werden müsse, dann aber über die Zwangswirtschaft jammerte, weil sie den Landwirt hindere, beliebig hohe Preise für seine Erzeugnisse zu nehmen, um seine Arbeiter tarifmäßig bezahlen zu können. Die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft gestalteten sich unhaltbar. Wenn es so weiter ginge, käme es zum Bankrott der ganzen Volkswirtschaft und der größte Teil der städtischen Bevölkerung müßte verhungern. Paul Mehnert verstieg sich zu der Behauptung, daß die Tarifverträge von den Landarbeitern überall dort, wo sie es für richtig halten, gebrochen werden, und daß ein Anrufen der Arbeitnehmerorganisation in solchen Fällen immer erfolglos wäre.

Zur Annahme gelangten zwei Anträge Mehnert. Der eine fordert Bereitstellung von größeren Mengen Saatgut zu mäßigen Preisen für die durch die ungünstigen Ernte- und Witterungsverhältnisse schwer geschädigten Landwirte des Erzgebirges und oberen Vogtlandes und der zweite Ueberlassung von billigem Schuhwerk aus den Heeresbeständen für die Landwirte.

Im weiteren Verlaufe seiner Beratungen beschäftigte sich der Landeskulturrat mit einem Bericht des Ständigen Ausschusses über die Frage der Vermittlung inländischer Arbeiter. Bekanntlich soll der Arbeitsnachweis beim Landeskulturrat aufgehoben und seine Tätigkeit mit von den öffentlichen Arbeitsnachweisen übernommen werden. Das paßt den Herren Agrariern natürlich nicht, sie fürchten durch diese Neuregelung eine Schmälerung ihrer Interessen und vor allem, wie der Vorsitzende Geheimrat Dr. Hähnel ganz offen zum Ausdruck brachte, eine Abschiebung der Arbeitslosen auf das Land. Mit diesen Leuten wollen die sächsischen Junker nichts zu tun haben, mögen doch die dadurch entstehenden Lasten die Städte und die Industrie tragen. Lieber gar keine Arbeiter, als solche Leute! rief mit Pathos Herr Hähnel aus. Den Vertretern der Regierung wurde natürlich tüchtig der Kopf gewaschen, die indessen nicht ungeschickt die geplanten Maßnahmen verteidigte.

Schließlich wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Arbeitsnachweis stellt spätestens mit dem 31. März 1920 die Vermittlung inländischer Arbeiter ein. Die Anstellungsverträge mit den Leitern der Nebenstellen sind bis zu diesem Zeitpunkte zu lösen. Der Landeskulturrat spricht sein großes Bedauern aus, daß er sich infolge der Stellungnahme des Landesamtes für Arbeitsvermittlung und der Abteilung für Landwirtschaft im Wirtschaftsministerium zu dieser Maßnahme gezwungen sieht. Er erwartet jedoch, daß die Einrichtungen seines Arbeitsnachweises einschließlich des Personals vom Landesamt für Arbeitsvermittlung als Abteilung für Landwirtschaft übernommen werden. Die Verwaltung dieser Abteilung ist einem Beirat zu übertragen, der paritätisch aus landwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt wird. In übrigen steht der Landeskulturrat nach wie vor auf dem Standpunkt, daß den besonders gearteten Bedürfnissen der Landwirtschaft nur Rechnung getragen wird, wenn die Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeiter in gesonderten Facharbeitsnachweisen erfolgt."

Einen interessanten Verlauf nahm die Debatte über den Bericht des Ständigen Ausschusses zur Lage der sächsischen Landwirtschaft. Geheimrat Andrae, Braunsdorf, forderte, daß statistisches Material für die Preistreibereien aller landwirtschaftlichen Bedarfsgegenstände gesammelt werde. Geheimrat Stieda, Leipzig, bekannte sich zwar auch als Gegner der Zwangswirtschaft, wies aber sehr richtig darauf hin, daß bei einer sofortigen Aufhebung der Zwangswirtschaft die Preise ungemessen in die Höhe gehen würden. Die ausgleichende Wirkung, die erhofft werde, würde noch sehr lange ausbleiben. Der Handel würde der Versuchung unterliegen, seine Machtstellung gegenüber den Konsumenten auszunutzen. Wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben werden sollte, müßte die Landwirtschaft versuchen, den Handel auszuschalten, was durch Gründung von Absatzgenossenschaften geschehen könnte. Ministerialdirektor Dr. v. Stübel erklärte, die Regierung würde es nur begrüßen, wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben werden könnte. Aber so weit sei man noch nicht. Bei einer sofortigen Aufhebung der Zwangswirtschaft würden unerträglich wilde Einkäufe einsetzen und die ohnehin schon zahlreich auftretenden ausländischen Aufkäufer noch mehr zur Geltung kommen. Die Ueberleitung müßte allmählich vor sich gehen. An Stelle der Zwangswirtschaft müsse eine Planwirtschaft treten, die von Erzeugern und Verbrauchern getragen werde. Das Wirtschaftsministerium stehe auf dem Standpunkt, daß die Preise so gestaltet werden müssen, daß den Landwirten ein angemessener Verdienst bleibe, daß man aber nicht verlangen dürfe, daß das nun bei jedem Artikel der Fall sein müsse. Die Rechnung müsse vielmehr so aufgemacht werden, daß der Gesamtbetrieb einen entsprechenden Verdienst abwerfe.

Nach weiterer Debatte wurde eine längere Entschließung angenommen. Darin heißt es: Die Lage der sächsischen Landwirtschaft wird immer unerträglicher. Die Fesseln, die die Zwangswirtschaft den einzelnen Betriebsleitern auferlegt, ersticken alle Schaffensfreudigkeit und hindern ihn, den Betrieb zur höchstmöglichen Leistung zu bringen. Dabei wird von Tag zu Tag offensichtlicher, daß die Zwangswirtschaft die ihr gestellte Aufgabe die vorhandenen Nahrungsmittel gerecht zu verteilen, nicht zu erfüllen vermag. Die Ernährungsverhältnisse werden immer trostloser, zudem sinkt die Moral in bedenklichster Weise. Nur eine intensiv betriebene Landwirtschaft kann die dringend notwendige Besserung der Volksernährung bringen. Eine solche Wirtschaftsweise ist aber nur möglich, wenn der Landwirt die Gewähr hat, daß der erhöhte Wirtschaftsaufwand in entsprechenden Preisen der Erzeugnisse volle Deckung findet. Die heute geltenden Höchstpreise entsprechen dieser Voraussetzung in keiner Weise. Die Entschließung klingt schließlich mit der Forderung nach beschleunigtem Abbau der Zwangswirtschaft aus.

## Um Danzig

**Danzig, 11. Dezember.** Der Bevollmächtigte der Posener Regierung in Paris, Patek, beantragte im Auftrage seiner Regierung, die Vorarbeiten zu den Verhandlungen zwischen dem Freistaat Danzig und Polen zu beschleunigen. Die Vorbereitungen müßten in vier Wochen beendet sein, da die Danziger seit langem die endgültige Entscheidung über ihr Los erwarteten. Zugleich schlug er vor, über die technischen Fragen ausschließlich in Danzig, über die politischen in Paris zu verhandeln.

## Deutschlands Zugeständnisse

**Berlin, 11. Dezember.** Heute oder spätestens morgen wird die deutsche Regierung eine Note nach Paris senden, in der vermutlich auch die Bereitwilligkeit ausgesprochen werden wird, eine Kommission zu delegieren, falls der Oberste Rat zu Besprechungen über die Hafenmaterialfrage vor der Ratifikation bereit sei. Es ist wieder zweifelhaft geworden, ob Senator Petersen, der Vorsitzende der Demokratischen Fraktion, sich dieser Kommission anschließen wird.

## Das deutsch-tschechische Kohlenabkommen

**Prag, 11. Dezember.** Der neue Kohlenvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, der am 28. November in Berlin unterfertigt worden ist, wurde auf sechs Monate abgeschlossen und läuft vom 1. Dezember 1919 bis 31. Mai 1920. Demzufolge hat die Tschechoslowakei 260 000 Tonnen Braunkohle monatlich an Deutschland zu liefern, wofür dieses monatlich 105 000 Tonnen oberschlesischer Kohle abzugeben hat. Außer dieser Menge hat die Tschechoslowakei noch monatlich 4000 Tonnen Braunkohle und Deutschland 3000 Tonnen oberschlesischer Kohle in die Grenzbezirke zu liefern.

Die Deutschen verpflichten sich, ihre eignen Waggons nicht nur für die Einfuhr der tschechoslowakischen Kohle freizustellen, sondern auch die hierher zu liefernden Kohlen in ihren Wagen bis in die Bestimmungsstationen zu bringen. Bloß 15 000 Tonnen des monatlichen Kontingents werden in tschechoslowakischen Wagen abgeholt, so daß Deutschland 90 000 Tonnen monatlich in seinen eignen Wagen zu befördern haben wird.

## Ein Hilferuf der Kalibergleute

Sonntag den 7. Dezember tagte in Hannover eine Konferenz der Arbeiterausschüsse sämtlicher Kaliwerke der Bezirke Hannover, Celle, Braunschweig, Hildesheim. Die Konferenz war von weit über 200 Arbeiterausschüssen besucht. Sie beschäftigte sich neben Tariffragen auch mit der Kohlennot und dem Mangel an Eisenbahnwagen. Viele Kaliwerke und -fabriken liegen still, viele müssen Feierschichten einlegen, weil es an Kohlen und Waggons fehlt. Die Kalibergleute verlangen von der Regierung bessere Belieferung mit Kohlen und Waggons und richten an die Kohlenbergleute und die Arbeiter in Eisenbahnwerkstätten den dringenden Appell, angesichts der großen Not selbst vor einigen Ueberschichten und vor Akkordarbeit nicht zurückzuschrecken. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 7. Dezember in Hannover tagende Konferenz der Arbeiterausschüsse der gesamten Hannoverschen und Braunschweiger Kaliwerke bedauert sehr, daß die Kaliindustrie nicht besser mit Kohlen versorgt wird und zum Einlegen von vielen Feierschichten, ja sogar zur Stillegung ganzer Werke verurteilt ist. Kali als Düngermittel braucht aber nicht nur die deutsche Landwirtschaft in noch höherem Maße als bisher, sondern auch das Ausland schmachtet danach und würde jährlich für viele hundert Millionen Mark Kalisalze beziehen, wenn wir mehr Kohlen und Waggons hätten. Dadurch wäre es möglich, mehr Lebensmittel und Bedarfsartikel aus dem Auslande zu beziehen und die Valuta zu heben. Die Konferenz ersucht deshalb die Regierung dringend, der Kaliindustrie mehr Kohlen zu besorgen und mehr Eisenbahnwagen zum Kalitransport der Produkte zu stellen. Andere Arbeiter der Kohlenzechen und Eisenbahnwerkstätten appellieren die Kaliarbeiter, nach Kräften dahin zu wirken, daß angesichts der großen Kohlennot und des Wagenmangels auch sie vor einigen Ueberschichten und in Eisenbahnwerkstätten auch vor Akkordarbeit nicht zurückschrecken. Im Bergbau ist die Akkordarbeit stets beibehalten worden.

Arbeiter des Kohlenbergbaus und der Eisenbahnbetriebe! Helft uns durch Lieferung von mehr Kohlen, Waggons und Lokomotiven! Dann können wir durch stärkere Kalilieferung die Herbeischaffung von mehr Lebensmitteln ermöglichen. Einer für alle, alle für einen! das muß angesichts der großen Not unsre gemeinsame Parole sein."

## Der Auszug aus Europa

**Wien, 11. Dezember.** Das Neue 8-Uhr-Abendblatt meldet:

Die Amerikaner ziehen sich nicht nur aus Paris, sondern aus ganz Europa, Südslawien eingeschlossen, vollständig zurück. General Bandholtz, der Vertreter Amerikas in Budapest, hat bereits seine Abberufung in den Händen und wird sehr bald abreisen. Auch die Wiener amerikanische Mission wird ihre Tätigkeit in den nächsten Tagen abschließen und Europa verlassen. Die Sendeapparate, mit denen die Amerikaner in Paris mit ihren Missionen verbunden waren, werden aufgelöst und die amerikanischen Telegraphisten treten in nächster Zeit ihre Heimreise an.

Selbstverständlich bezieht sich diese Flucht der Amerikaner aus Europa nur auf die politischen und finanziellen Missionen, die Wohltätigkeitseinrichtungen Amerikas bleiben bestehen.

Einer Pariser Meldung zufolge hat die amerikanische Delegation auf der Friedenskonferenz Paris am Dienstag abend verlassen.

## Sozialistische Opposition in Frankreich

**Genf, 11. Dezember.** Die erste Kammersitzung in Paris verlief nicht ganz so feierlich, wie man es geplant hatte. Fast die ganze Sitzung hindurch protestierten die Sozialisten bei jeder Gelegenheit, wo der Alterspräsident Siegfried oder der Redner der Elsaß-Lothringer, Dr. Francis, das Lob Clemenceaus anstimmte. Das gab mehrfach Veranlassung zu Protesten, die sich zu regelrechtem Skandal steigerten. Als Thomas nach Clemenceau versuchte, die Erklärung der Sozialisten Elsaß-Lothringens zu verlesen, die in der Kammer nicht vertreten sind, wurde er von der Mehrheit schon nach wenigen Sätzen stürmisch unterbrochen. Der Royalist Daudet und der Sozialist Cachin waren nahe daran, aufeinanderlos zustürzen. Endlich gelang es ihren Kollegen, wenigstens diesen Skandal zu verhindern.

## Rumänien unterzeichnet

**Bern, 11. Dezember.** Aus Paris wird gemeldet:

General Coando, der Vorsitzende der rumänischen Abordnung, hat gestern nachmittag 5,30 Uhr die verschiedenen internationalen Verträge unterzeichnet. Er hat den Vertrag von St. Germain mit Oesterreich und den von Neuilly mit Bulgarien unterzeichnet; ebenso hat General Coando den Vertrag unterschrieben, der das Recht der nationalen Minderheiten auf rumänischem Gebiet sicherstellt. Die Bestimmungen sind allerdings vorher abgeändert worden. Die Forderungen, die der Vertrag von Berlin an Rumänien stellt, sind aufgehoben. Artikel 9 und 10 sind durch einen Passus ersetzt, aus dem hervorgeht, daß die jüdischen Staatsangehörigen in Rumänien den andern Bürgern in ihren Rechten gleichgestellt werden.

## Mit allen in Frieden

Nach Meldungen des Populaire aus London soll der Kongreß der Sowjets in Moskau einmütig beschlossen haben, in einer Resolution zu erklären, daß die Sowjetrepublik mit allen Völkern der Erde in Frieden leben wolle. Sie biete nochmals den alliierten Ländern gemeinsam oder getrennt den Frieden an und fordere sie auf sofort mit den Friedensverhandlungen zu beginnen.

## Agrarische Sabotage

Genosse Georg Schmidt, Mitglied des preußischen Landtages, sendet dem Vorwärts eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Am 13. November machte ich in der preußischen Landesversammlung gelegentlich der Besprechung über die Sicherung der Hackfruchternte unter anderm folgende Ausführungen:

Wir ist in diesen Tagen die Nachricht zugegangen, daß auf einem Gute in Hinterpommern der betreffende Gutsbesitzer die Tarifverträge nicht durchführt und daß demnächst sich damit der Schlichtungsausschuß beschäftigen muß. Es wird weiter mitgeteilt, daß auf diesem Gute der Gendarm vor kurzem die Schrotmühle versiegelt hat und trotzdem alle Arten von Getreide ruhig weiter verschrotet werden, daß auf diesem Gute Kohlen unter Koks verborgen liegen, und daß dieser Gutsbesitzer erklärt hat, er könne nicht dreschen, weil er keine Kohlen habe. Ferner, daß dieser Gutsbesitzer noch 250 Zentner Roggen aus der vorjährigen Ernte zu legen habe.

Dieser Gutsbesitzer ist der Frhr. v. Wangenheim, der Führer des Bundes der Landwirte!

Wenn jene Herren immer in der Oeffentlichkeit betonen, sie wollten dazu beitragen, daß die Ernährung des deutschen Volkes gesichert wird, so haben sie allen Anlaß, mal in ihren Betrieben nach dem Rechten zu sehen.

Diese Schilderungen halte ich trotz den Ergebnissen der amtlichen Untersuchung aufrecht. Ich stütze mich dabei auf nachgeprüfte Berichte von Arbeitern, die auf dem Wangenheimschen Gute in Klein-Spiegel beschäftigt sind. Die Verhältnisse auf dem Gute im Jahre 1918 wie 1919 sind diesen Arbeitern bekannt. Nur in einem Punkt muß ich mich berichtigen, daß das Verschroten aller Arten von Getreide bei ordnungsgemäßer Oeffnung der Schrotmühle erfolgte. Allerdings oft genug.

Um mich in der Oeffentlichkeit zu verdächtigen, hat man behauptet, ich hätte Herrn v. Wangenheim nachgesagt, er habe — Schiebergeschäfte getrieben. Ich betrachte es als meine Aufgabe gegenüber dem Treiben der Agrarier, die Oeffentlichkeit darüber aufzuklären, daß viele Landwirte mehr abliefern können. Dabei die Führer des politischen Agrariertums zu verschonen, habe ich keinen Anlaß.

Bekanntlich hebt Wangenheim auch gegen den Achtstundentag. Dieser ist nach der Landarbeitsordnung nur in den vier Wintermonaten eingeführt. Nun sind im Monat Oktober dieses Jahres, als noch der zehnstündige Arbeitstag galt, Arbeiter des Wangenheimschen Gutes an den Gutsinspektor herangetreten mit dem Ersuchen, morgens früher bei der Kartoffelernte zu beginnen. Dies wurde abgelehnt, weil es dem Inspektor zu unbequem war, so früh die Marken herausgeben, die zur Kontrolle bei der Akkordarbeit erforderlich sind. Die Arbeiter gaben ihr Bemühen nach drei Tagen auf, nachdem sie erfuhren, daß Wangenheim erklärt hatte, es sei seine Sache zu bestimmen, wann die Arbeit beginne.

## Deutsches Reich

### Drohende Regierungskrisis in Preußen

**Berlin, 10. Dezember.** Der verstärkte Unterrichtsausschuß der preußischen Landesversammlung hat die Frage der Schulvorstände besprochen. Ein Zentrumsredner führte aus, wenn die Mehrheit des Ausschusses die Geistlichen davon ausschließen sollte, so müsse das Zentrum auf die Konsequenzen hinweisen, die ein solches Verhalten der Mehrheitsparteien hervorrufen würde. Eine derartige Haltung müsse die Auflösung der Regierungskoalition im Gefolge haben. Die Redner der verschiedenen Parteien erklärten hierauf, daß sie zunächst diese Frage in ihren Fraktionen zur Sprache bringen müßten. Desgleichen gab der Vertreter der Staatsregierung die Erklärung ab, daß auch diese zu der veränderten Lage Stellung nehmen müsse.

### Reform des Geschichtsunterrichts in Preußen

In einem Erlaß des Kultusministers vom 6. Dezember an die preußischen Provinzialschulkollegien und die Regierungen heißt es: Da die bisher gebrauchten Lehrbücher für Geschichte den jetzt zu stellenden Anforderungen nicht mehr entsprechen, so ist eine durchgreifende Umarbeitung dieser Bücher erforderlich, die erst nach einer Reichsschulkonferenz erfolgen kann. Für die Uebergangszeit bestimme ich, daß die bisher eingeführten Lehrbücher für Geschichte im Klassenunterricht nicht weiter zu benutzen sind und ihre Anschaffung von Schülern und Schülerinnen nicht mehr verlangt werden darf.

### Das Urteil gegen Lemmer aufgehoben

In der preußischen Landesversammlung führte Kultusminister Hänisch über den Fall des Marburger Studenten Lemmer folgendes auf: Beide Parteien sind von mir in stundenlanger Unterhaltung gehört worden. Der Fall ist so gründlich wie nur denkbar geklärt. Das Urteil gegen den Studenten Lemmer habe ich für zu hart gehalten. Die Schwere des Urteils war dem Fall keineswegs angemessen. Während nach der noch jetzt gültigen Disziplinarordnung der Universität gegen die Verweisung von der Universität selbst der Rechtsweg beschritten werden kann, gibt es gegen die Androhung der Verweisung kein Rechtsmittel. Deshalb habe ich mich veranlaßt gesehen, das Urteil kurzerhand aufzuheben; es wird auch in den Disziplinarakten sofort getilgt und existiert also nicht mehr. Der Minister tilgte dann ferner aus, daß die Lehrfreiheit von ihm unter keinen Umständen angetastet werden soll. „Die Mauern des neuen Deutschland werden von den Trompetenstößen eines Roethe und Traeger schon nicht einfallen."

### Hauptmann von Kessel verhaftet

Der erste Staatsanwalt beim Landgericht I teilt mit, daß der Untersuchungsrichter beim Landgericht I antragsgemäß gegen den Polizeihauptmann von Kessel einen Haftbefehl wegen Meineids, Urkundenfälschung und Herausforderung zum Zweikampf erlassen hat und daß Hauptmann von Kessel in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden ist.

**Aus den Ausschüssen.** Im Betriebsrätegesetzausschuß der Nationalversammlung wurde in der gestrigen Sitzung u. a. ein Antrag des Zentrums und der Demokraten einstimmig angenommen, durch den für die Bildung der Betriebsräte eine Trennung zwischen Fabrik- und Heimarbeitern herbeigeführt wird. Weiter wurde auf sozialdemokratischen Antrag hin eine Abstimmung in den Bestimmungen über die Anzahl der Betriebsratsmitglieder getroffen, die die Höchstzahl auf 30 festsetzt.

**Der Steuerausschuß der Nationalversammlung** erörterte den Antrag Trimborn betr. den Entwurf eines Gesetzes über Steuerstundung (Generalpardon). Reichsfinanzminister Erzberger führte aus, daß er keine unüberwindlichen Bedenken dagegen habe, daß der Gesetzentwurf wurde darauf mit einigen Abänderungen angenommen, so daß der Steuerpflichtige, wie auch seine Erben, straflos bleibt, wenn er auf eigenen Antrieb spätestens bei der ersten Steuerveranlagung in der Steuererklärung, oder falls er solche nicht abzugeben hat, auf öffentliche Aufforderung sein Vermögen und sein Einkommen richtig angibt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191211/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG